

Ein Arbeitskreis evangelisch-methodistischer Christen in der DDR¹

Wenn ich über den „Arbeitskreis evangelisch-methodistischer Christen für gesellschaftliches Handeln“ (im folgenden AK) berichten soll, dann geht es dabei um einen schmalen Ausschnitt aus der Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in der DDR, einen Ausschnitt, der für die, die daran beteiligt waren, insofern nicht „Geschichte“ ist, als sie sich noch heute damit (selbstkritisch) auseinandersetzen. Wahrscheinlich werden manche von Ihnen sich bei meinem Bericht die Frage stellen: Ja, haben die denn nicht gesehen, wohin die ganze Entwicklung geht? Genau diese und andere Fragen bewegen uns bis heute. Nur: Inmitten einer Bewegung zeigt sich vieles anders als von ihrem Endpunkt her. Natürlich haben wir negative Tendenzen gesehen; vielleicht haben wir sie manchmal nicht ernst genug genommen. Aber es gab auch immer wieder neu Anlass zu Hoffnung, zuletzt durch das Wirken von Gorbatschow. Meine persönliche Haltung wurde durch eine Erfahrung aus dem Anfang des Jahres 1949 entscheidend geprägt. Ich war in einer nichtkirchlichen Familie aufgewachsen, kam später durch meine Frau mit der EmK in Kontakt und erlebte zu Beginn meines Studiums in Leipzig eine Bekehrung. Das war für mich nachhaltiger Beweis dafür, dass auch die damalige SBZ nicht jenseits von Gottes Zugriff und Herrschaft liegt. Dadurch gewann ich eine große innere Freiheit. Während viele meiner neuen christlichen Freunde ängstlich fragten: Was wird aus der Kirche in einem von Atheisten bestimmten Staat?, war es mir geschenkt, in den oft schmerzlichen Umbruchserfahrungen zunächst einmal das Positive zu sehen und neue Herausforderung im Vertrauen auf Gott anzunehmen.

Es soll nun keine chronologische Darstellung des AK folgen.² Ich möchte vielmehr aus seiner Entwicklung einige Aspekte herausgreifen, die möglicherweise für unser Thema „Freikirchen und Politik“ etwas austragen könnten. Zunächst aber ein kurzer Überblick: Der AK wurde 1969 in Greiz von Pastoren und Laien der EmK gegründet, die nach dem gesellschaftlichen Auftrag der Kirche und der politischen Verantwortung des Christen fragten.

¹ Vortrag anlässlich der Tagung. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

² Vgl. dazu Carl Ordnung, Der „Arbeitskreis evangelisch-methodistischer Christen für gesellschaftliches Handeln“ in der DDR (1969–77) in EmK Geschichte 2/2002, S.23–44. Darin finden sich auch einige der im folgenden erwähnten Texte.

Er führte jährlich Arbeitstagungen durch und verfasste einige Eingaben an die Jährliche Konferenz. In der EmK stießen seine Bemühungen auf Interesse, aber die Vorbehalte überwogen. Es beteiligten sich 10 Pastoren und 30 bis 40 Laien zumeist aus dem sächsisch-thüringischen Raum an seiner Arbeit. 1977 stellte er seine Arbeit ein, ohne sich formell aufzulösen.

I. Die Ausgangssituation war die Katastrophe des II. Weltkrieges, die in Teilen der EmK-Gemeinden die Frage nach der politischen Verantwortung von Christen wach werden ließ. Als mit der CDU eine politische Partei von Christen gegründet wurde, bot sich diese als Raum für die Wahrnehmung solcher Verantwortung an. So wurden in Sachsen und Thüringen prozentual mehr Glieder der EmK Mitglied dieser Partei als Angehörige der sehr viel größeren jeweiligen evangelischen Landeskirchen. Sie übernahmen Aufgaben im kommunalen Bereich und in der Wirtschaft und wurden dabei, vor allem nach der Proklamierung des sozialistischen Aufbaus in der DDR, mit Problemen konfrontiert, für deren Erörterung sie in ihrer Kirche keine Plattform fanden. Zwar war ein „Soziales Bekenntnis“ Teil der methodistischen Kirchenordnung. Es enthielt Leitlinien für politisches Engagement und sollte jährlich einmal in den Gemeinden diskutiert werden, was nach meiner Erfahrung nirgendwo geschah. Die meisten Glieder der Kirche wussten nicht einmal um die Existenz dieses Bekenntnisses und wurden von ihrer Kirche in diesen Fragen allein gelassen.

II. So musste wohl der **Anstoß** zur Bildung des AK von außen kommen. 1958 war in Prag die Christliche Friedenskonferenz (CFK), eine internationale kirchliche Friedensversammlung, gegründet worden. 1961 nahmen die methodistischen Bischöfe aus Deutschland und der Schweiz, Dr. Friedrich Wunderlich und Dr. Ferdinand Sigg sowie aus der DDR Superintendent Johannes Falk von der Evangelischen Gemeinschaft teil. Drei Jahre später waren unter den tausend Teilnehmern der II. Versammlung in Prag 50 Methodisten, vor allem aus den USA und Großbritannien, die auch zu einem Sondertreffen zusammenkamen. Dabei trafen die ost- und westdeutschen Teilnehmer – ich war inzwischen zum Sekretär des CFK-Regionalausschusses in der DDR gewählt worden – Absprachen für ein Treffen in der DDR, auf dem die Bedeutung des Sozialen Bekenntnisses für die Gegenwart diskutiert werden sollte. Es fand Anfang 1965 in Zwickau statt und fand große Resonanz unter den Pastoren der DDR. Eine in Aussicht genommene Weiterarbeit wurde von den kirchenleitenden Superintenden ten aus Sorge um die nicht kalkulierbaren politischen Konsequenzen blockiert.

Es bedurfte also eines weiteren Anstoßes. Der kam von Pastor Dr. Carl Soule, Exekutivsekretär des Methodistischen Amtes für die Vereinten Nationen. Auf Initiative der Methodisten in den USA war gegenüber der UNO in New York ein Kirchenzentrum errichtet worden, weil die dortige Methodistenkirche (MK) die Unterstützung der UNO als wichtige Aufgabe betrachtete. Dr. Soule organisierte Studienreisen von Kirchenleuten seines Landes in sozialistische Länder. Er wollte so dem Ungeist des kalten Krieges entgegenwirken. Ich habe in den siebziger Jahren sechs oder sieben Mal entsprechende Programme für DDR-Besuche organisiert, die natürlich Begegnungen mit Kirchengemeinden einschlossen. Dabei zeigten sich die Gäste besonders an Gesprächen mit politisch engagierten Christen interessiert. Dr. Soule informierte über die Aktivitäten der „Methodist Federation for Social Action“ (MFSA), einer eigenständigen Gruppe methodistischer Theologen und Laien, die 1908 zuerst das dann von der Generalkonferenz angenommene Soziale Bekenntnis formuliert hatte und seither ein Gegengewicht zu dem mehr konservativ-evangelikalten Flügel der Kirche darstellte. Er ermunterte uns, Ähnliches in der DDR-Situation zu versuchen. Das führte schließlich zur Formierung des AK. Die damalige Zeit politischen Aufbruchs führte auch in den Kirchen zu größerer Offenheit. Auch in der Bundesrepublik bildete sich damals ein Kreis kritischer Methodisten um die Publikation „anschlüge“. Dr. Soule informierte den Sekretär der MFSA von der Bildung unseres AK, der uns daraufhin als „East German Chapter“ der MFSA willkommen hieß und uns um die Übersendung der Mitgliederliste bat. Das taten wir nicht. Nicht nur, weil wir nicht wussten, wie die DDR-Behörden das aufnehmen würden, sondern vor allem, weil wir uns nicht als Verein, sondern als Bruderschaft verstanden. So war der AK gewissermaßen eine Frucht methodistischer Connexio, also der weltweiten methodistischen Gemeinschaft.

III. In einem Selbstverständnis, das der AK verabschiedete, heißt es u.a. „Unsere Verpflichtung erwächst aus der Liebe Gottes zur Welt und dem Sendungsauftrag Jesu Christi. Nachfolge verstehen wir nicht als Abkehr von der Welt, sondern vielmehr als Hinwendung zu den Menschen, um ihnen zu helfen, dass sie in ihren Fragen und Nöten das Leben finden.“

Wir schließen uns zu eine Arbeitskreis zusammen, weil wir erkannt haben, dass wir in diesem Dienst unbedingt brüderliche Hilfe und Zurüstung brauchen und weil uns diese Hilfe und Zurüstung bisher in unserer Kirche weithin versagt blieb.

Wir verstehen uns bewusst als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Auf Grund unserer politischen Einsicht bejahen wir die sozialistische Entwicklung unseres Staates. Von daher fragen wir nach den konkreten Aufgaben und dem Dienst des Christen an der sozialistischen Gesellschaft. Uns ist klar geworden, dass es um mehr geht als um opportunistische Erklärungen, um den Bestand der Kirche zu sichern. Deshalb haben wir uns gesellschaftlich engagiert und bereiterklärt, politische Verantwortung zu übernehmen. Unsere Haltung finden wir bestärkt im Sozialen Bekenntnis unserer Kirche.“

Der AK wählte einen sechsköpfigen Bruderrat, dessen Mitglieder einen repräsentativen Querschnitt der Gesamtmitgliedschaft darstellten. Es waren das:

- Siegfried Bochmann, Pastor der EmK-Gemeinde Raschau, aktiv in der CDU;
- Ulrich Braun (CDU), Laienprediger aus der ehemaligern EG-Gemeinde Eberswalde, Leitungsfunktion in einem Volkseigenen Betrieb (VEB).
- Heinz Ludwig (parteilos), Gnadau, Pastor der EmK, ging unter dem Einfluss der Gossner-Mission als eine Art „Arbeiterpriester“ als Fräser in das Traktorenwerk Schönebeck;
- Carl Ordnung, Laienprediger der EmK-Gemeinde Berlin-Friedrichshain, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Hauptvorstand der CDU und Sekretär des DDR-Ausschusses der CFK;
- Helmut Trommer (CDU), Laienprediger und Gemeindevertreter der EmK-Gemeinde Auerbach, Laienmitglied im Vorstand der EmK in der DDR und Bürgermeister in Rodewisch.
- Walter Unger, Pastor der EmK-Gemeinde Weida, Mitglied des Hauptvorstandes der CDU.

Obwohl die Mehrheit der Mitglieder in der CDU aktiv war, hat die Partei selbst nie offiziell Notiz vom AK genommen. Die Ideologie der DDR-CDU war u.a. von der Überlegung bestimmt, dass in der DDR, als einzigem realsozialistischen Land mit einer protestantischen Mehrheitskirche, die Chance einer (geistigen) Begegnung zwischen Kommunismus und Protestantismus gegeben war und dass mit der Existenz einer Partei von Christen in der Gesellschaftsstruktur ein (allerdings untergeordneter) Platz für die Mitarbeit von Christen bereitgehalten wurde. Das lässt sich natürlich nicht mit einer parlamentarischen Demokratie vergleichen, aber in den meisten anderen Ostblockstaaten war nicht einmal das der Fall. Jedenfalls verband die Absicht, die damit eröffneten Möglichkeiten wahrzunehmen oder zumindest zu testen, die Mitglieder des AK.

IV. Dem AK ging es in erster Linie um **Veränderung der Kirche**. Die deutschnationale Grundstimmung, die die Kirchen in Deutschland traditionell prägte, war auch auf die Methodisten nicht ohne Einfluss geblieben. Auch sie lehnten bis auf wenige Ausnahmen sozialistisches Gedankengut ab, was ihnen gegenüber dem sozialistischen Experiment in der DDR von vornherein eine Anti-Haltung nahe legte. Mitzuhelfen, diese Haltung zu überwinden und zu einem konstruktiven Beitrag zu finden, nahm sich der AK vor.

1970 konstituierte sich die EmK in der DDR zu einer eigenen Zentralkonferenz und wählte Armin Härtel zu ihrem ersten Bischof. In einer programmatischen Erklärung vor Vertretern von Staat und Kirche sagte er u.a., die EmK sei allein abhängig von ihrem lebendigen Herrn. „Er hat sie in unseren sozialistischen Staat gestellt, dessen Gesellschaftsordnung sie bejaht. Sie unterstützt alle Bemühungen um soziale Gerechtigkeit, um die Verbesserung der Lebensbedingungen und um dauerhaften Frieden. Sie ist bewusst Kirche im sozialistischen Staat.“ Der AK unterbreitete dem neuen Bischof zwei Vorschläge: 1. eine dringende Empfehlung das im August 1970 vom Ökumenischen Rat der Kirchen beschlossene Antirassismus-Programm zu unterstützen, 2. einen detailliert begründeten Antrag an die Jährliche Konferenz zur Bestellung eines Beauftragten für christliche Friedensarbeit und gesellschaftliche Diakonie.

Im Januar 1971 beschloss der Kirchenvorstand eine Sondersammlung für das Antirassismusprogramm. Dem zweiten Antrag wurde teilweise entsprochen.

Als 1972 bekannt wurde, dass fast alle Kirchen in den USA beträchtliche Summen in Rüstungsfirmen angelegt hatten, die an der Perfektionierung der technologischen Kriegsführung in Vietnam arbeiteten und dass die EmK dabei einen Spitzenplatz belegte, wurde der AK auch in dieser Sache aktiv auf der Grundlage der entsprechenden Untersuchungen, die uns Dr. Soule zugänglich gemacht hatte. Daraufhin stellte die Jährliche Konferenz in ihrem Friedenswort fest: „Wir halten eine bewusste Beteiligung am Rüstungsgeschäft mit dem Auftrag der Kirche für unvereinbar.“.

Nachdem sich 1968 Methodistenkirche und Evangelische Gemeinschaft (Evangelical United Brethren Church) auf Weltebene vereinigt hatten, musste das Soziale Bekenntnis überarbeitet werden. 1972 verabschiedete die Generalkonferenz neue „Soziale Grundsätze“. Die EmK in der DDR beschloss deren Adaption. Die Grundsätze waren im Blick auf eine westlich-kapitalistische Gesellschaft formuliert, in Details speziell auf die Verhältnisse in den USA bezogen. Eine bloße Übernahme schien dem AK nicht hilfreich. Er erarbeitete deshalb einen grundsätzlich anderen Entwurf, der von einer so-

zialistischen Gesellschaft ausging. Der vom Kirchenvorstand eingesetzte Adaptionausschuss war nicht bereit, sich auf einen so grundsätzlich anderen Ansatz einzulassen. Entsprechende Gespräche in den Jahren 1976 und 77 führten zu keiner Annäherung. Danach ist der AK nicht mehr in Erscheinung getreten.

V. Was waren die Gründe für das Scheitern diese Experiments, und gibt es möglicherweise doch positive Nachwirkungen?

– Im deutschen Methodismus gibt es keine Tradition für organisierte innerkirchliche Opposition. Dazu war gerade auch die DDR-Kirche zu klein. Zudem wirkten die negativen Erfahrungen nach, die man in der Zeit des Faschismus mit politischer Einflussnahme gemacht hatte.

– Zwar war die Mitgliedschaft der MFSA im Vergleich zur Gesamtheit der Methodisten in den USA noch kleiner als beim AK, aber es waren in der Mehrheit Theologen bis hin zu einzelnen Bischöfen. Im AK blieb die große Mehrheit Laien, die an theologischen und kirchenpolitischen Fragen wenig Interesse zeigten, sondern eher Hilfe für das Engagement vor Ort erwarteten, die der AK nicht leisten konnte.

– Hauptgrund aber dürfte die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR gewesen sein. Anfang der siebziger Jahre wurde die DDR von vielen Staaten international anerkannt. Die davon erwartete innenpolitische Lockerung trat nicht ein. Das führte zu Enttäuschung und Resignation auch unter politisch Engagierten. Wenn in der Öffentlichkeit eines Landes Kritik an der Politik der Regierung kaum möglich ist und viele politische Themen tabuisiert sind, dann lähmt das auch die kirchliche Auseinandersetzung, zumal wenn es dabei um die gesellschaftliche Verantwortung des Christen geht.

– Trotzdem hat das Wirken des AK zur politischen Sensibilisierung der Kirche beigetragen. Dass die EmK Ende der achtziger Jahre voll in den konziliaren Prozess einstieg, zeigt das ebenso wie die intensive Arbeit ihres Ausschusses für christliche Friedensarbeit. Die Arbeit des neu gebildeten Ständigen Ausschusses für Gerechtigkeit Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Norddeutschen Jährlichen Konferenz wurde in den ersten Jahren weitgehend von seinen ostdeutschen Mitgliedern getragen.

VI. Zum Schluss ein Wort über Heinz Ludwig, das profilierteste Mitglied des AK, dessen Wirken einen weiteren wichtigen Aspekt im Verhältnis Kirche – Politik verdeutlicht. Als junger Pastor in Dessau, Bitterfeld und Wolfen, dem Zentrum der sich entwickelnden ostdeutschen Chemie-Industrie, litt er unter der Bedeutungslosigkeit, die die Kirche für moderne Industriear-

beiter hatte. Er sah seinen Auftrag darin, als Christ einer der Ihren zu werden und fand nach Absprache mit dem Superintendenten auch einen Arbeitsplatz. Nach anfänglicher Ermunterung verweigerte ihm seine Kirche die Zustimmung zu diesem Schritt. Er aber meinte, die Tür, die sich ihm aufgetan hatte, nicht von sich aus wieder zuschlagen zu dürfen. So wurde er trotz Belastung für seine Familie und manchen Spannungen auch politischer Art Industriearbeiter. Er fand in der Gossner-Mission eine Bruderschaft, in der er seine Erfahrungen theologisch reflektieren konnte, Erfahrungen, für die sich zunehmend andere Kirchen und ökumenische Gruppen interessierten – nur seine eigene Kirche nicht. Die Gossner-Mission vermittelte ihm Kontakte zur französischen Action Catholique Ouvriers und anderen Experimenten von Industrie-Mission. Die damit eröffnete Möglichkeit, die Realität der Industriearbeiter-Existenz in kapitalistischen Ländern kennen zu lernen, ließ ihn ein positiveres Verhältnis gegenüber dem DDR-Versuch einer sozialistischen Gesellschaftsgestaltung gewinnen. In den Jahren der Wende gehörte er zu den Mitgestaltern von Friedensgebeten und Friedensdemonstrationen in Magdeburg. Und später war er beteiligt am Aufbau einer „Kirchlichen Beratungsstelle für Erwerbslose“ in Magdeburg. All diese Aktivitäten sahen die Gemeinden seiner Kirche, der er treu blieb und in der er auch weiterhin Predigtendienst übernahm, mit gemischten Gefühlen.

In einem Referat über „Warum wir die Gemeinde der Engagierten brauchen“, das Heinz Ludwig 1977 bei einer Mitarbeiterkonferenz der Gossner-Mission hielt, finden sich die folgenden Sätze: „Als engagierte Christen haben wir wahrscheinlich alle ähnliche Erfahrungen sammeln können. Widerspruch und Widerstand gegen unser gesellschaftliches Engagement kam vor allem aus kirchlichen Kreisen. Das hat uns enttäuscht, oft auch deprimiert. Damit haben wir eigentlich nicht gerechnet. Nicht selten standen wir als einzelne in Gefahr zu resignieren, aus der Kirche, wenn nicht offen, doch zumindest heimlich zu emigrieren. ... Es ist schwierig, als engagierter Christ bewusst in einer stark traditionell geprägten Ortsgemeinde zu leben. Viele von uns haben erlebt, dass nicht ihr Engagement kritisch hinterfragt, sondern ihr Christsein rundweg in Frage gestellt wurde. In einer solchen Atmosphäre des Misstrauens und falscher Verdächtigungen ist keine Zurüstung möglich. Wir sind aber auf eine solche bruderschaftliche Hilfe angewiesen.“

Genau diese geschwisterliche Beratung und Hilfe finden die politisch Engagierten in unseren weithin konservativ-pietistisch geprägten Gemeinden kaum. Sie werden dort zumeist in die Defensive gedrängt und müssen sich rechtfertigen. Es braucht einen Ort, an dem auch sie ihre Fragen loswerden können. Ausschüsse für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöp-

fung sind das in der Regel nicht. Denn es sind ja nicht in erster Linie politische, sondern geistliche Fragen, die sie bedrängen. Wenn die Freikirchen in Zukunft ihre gesellschaftliche Verantwortung ernster nehmen wollen, müssen sie genau dafür eine Struktur finden.